

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 10/2017

16. MAI 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Prekarisierung

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 30.05.2017.

1] TOPTHEMA: PREKARISIERUNG

Trotz aller vermeintlichen Rekordmeldungen beim Thema Beschäftigung und Erwerbstätigkeit: Immer mehr Menschen finden nurmehr über unsichere und schlecht bezahlte Jobs einen Zugang zum Arbeitsmarkt, der prekäre Jobeinstieg wird zum Normalfall. Der Soziologe Klaus Dörre bringt die Entwicklung auf den Begriff, er spricht von einer prekären Vollerwerbsgesellschaft. Hauptsache Erwerbsquote?

Die Folgen der Prekarisierung für die unsicher Beschäftigten sind zunächst oft weniger sichtbar, denn die versuchen natürlich alles, um irgendwie und möglichst "normal" über die Runden zu kommen. Medial lässt sich daraus kaum ein Funken schlagen. Doch wer sich im Erwerbsleben mit schlecht bezahlter Arbeit noch einigermaßen durchlavieren konnte, wird spätestens im Ruhestand auf das Niveau der Grundsicherung zurückgeworfen, und das ist dann schon eine Meldung wert... Doch lesen Sie selbst.

Akademisches Prekariat: Widerstand an Hochschulen wächst

Junge Wissenschaftler an deutschen Universitäten hangeln sich häufig von einem befristeten Vertrag zum nächsten. Die prekären Rahmenbedingungen animieren die Beschäftigten zwar zu Höchstleistungen, führen aber auch zu Ausbeutung und Selbstaussbeutung.

Peter Ullrich, Soziologe an der TU Berlin, ist einer der Mitbegründer des bundesweiten "Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft", das fordert, das Sonderbefristungsrecht in der Wissenschaft abzuschaffen.

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 12.05.2017

Mindestlohn bringt im Alter kaum Rente

Der gesetzliche Mindestlohn von aktuell 8,84 Euro reicht nach Angaben der Bundesregierung nicht, um im Alter eine Rente über dem Niveau der staatlichen Grundsicherung zu erzielen. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraction hervor.

„Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre aktuell rechnerisch ein Stundenlohn von 11,85 Euro erforderlich“, heißt es in der Ministeriumsantwort.

Quelle: NWZ online vom 11.05.2017

Ritt auf der Rasierklinge

Leiharbeiter, Beschäftigte von Sub-Unternehmen, Solo-Selbständige: Viele Menschen können nicht von dem leben, was sie erarbeiten. Sie sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ein Gespräch mit dem Jenaer Soziologen Klaus Dörre über Beschäftigte zweiter und dritter Klasse.

Dörre: "Wir sprechen heute von einer prekären Vollerwerbsgesellschaft. Auf der einen Seite haben wir eine Rekordzahl an Erwerbstätigen. Aber immer mehr Menschen werden über unsichere, heikle und schlecht bezahlte, kurz, über prekäre Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsmarkt integriert."

Quelle: Kontextwochenzeitung.de vom 10.05.2017

Prekärer Jobeinstieg droht zum Regelfall zu werden

Deutschland weist mit 6,6 Prozent für 2017 europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen auf (...). Jedoch sind gerade junge Erwachsene in Deutschland unter 35 mit 27,8 Prozent überdurchschnittlich oft mit atypischer Arbeit konfrontiert.

Sie halten sich häufig mit befristeten Arbeitsstellen, Leiharbeit, Werkverträgen, Praktika und Minijobs über Wasser und können nur noch davon träumen, was für vorherige Generationen viel selbstverständlicher war: eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Stelle.

Quelle: Weser Kurier online vom 08.05.2017

Im öffentlichen Unsicherheits-Dienst

Als befristet Beschäftigte ist Saskia Schwarz im Bundeswirtschaftsministerium keine Ausnahme. Über 80 Prozent aller Neueinstellungen im SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium und dessen nachgeordneten Behörden waren 2016 befristet – davon über 50 Prozent sachgrundlos.

Tjark Menssen vom Deutschen Gewerkschaftsbund kritisiert, dass vor allem im öffentlichen Dienst eine „Befristeritis“ herrsche. Derzeit könnten Arbeitgeber Beschäftigungsverhältnisse auf zwei Jahre befristen – ohne eine Begründung dafür angeben zu müssen.

Quelle: taz.de vom 04.05.2017

2] WEITERE BERICHTE

Neue Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit

Voraussichtlich zum 1. Juni 2017 wird eine neue allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit in Kraft treten. Bereits seit dem 1. März 2017 gilt in der untersten Entgeltstufe der Tarifwerke ein Stundenlohn von 9,23 Euro im Westen und 8,91 Euro im Osten.

Der Mindestlohnausschuss hat dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit für eine Lohnuntergrenze schon stattgegeben. (...) "Nun fehlt nur noch die entsprechende Rechtsverordnung der Bundesarbeitsministerin (...)", so Lazay weiter.

Quelle: Personalpraxis24.de vom 15.05.2017

Tschüss Büro

Am Strand lässt sich heute viel schöner Geld verdienen als im Büro. Beim „Crowdworking“ wird Arbeit in die ganze Welt verlagert. Sieht so die Zukunft der digitalen Ökonomie aus?

Von einem „Heer digitaler Nomaden“ ist seit einiger Zeit die Rede: Bemitleidenswerte Kreaturen, die sich mit vielen kleinen Aufträgen ohne soziale Absicherung nur mühsam über Wasser halten (...). Skeptiker warnen sogar vor einer „neuen Form des Taylorismus“.

Quelle: FAZ.net vom 13.05.2017

Mindestlohnverstöße: Geschirrspülen für vier Euro die Stunde

Geschirrspülen für vier Euro die Stunde: Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten beklagt massive Verstöße gegen den Mindestlohn im Gaststättengewerbe – und mangelnde Kontrollen.

Vorsitzende Michaela Rosenberger beklagte im Interview mit unserer Redaktion, dass seit Einführung des Mindestlohns vor 3,5 Jahren die Zahl der Kontrollen im Gaststättengewerbe um 17 Prozent zurückgegangen sei. (...) "Wir kennen Fälle von Spülern, die für vier Euro in der Stunde in einer Gaststätte gearbeitet haben."

Quelle: NOZ.de vom 13.05.2017

Doppelbelastung für zwei Drittel aller Mütter in Thüringen

Fast zwei Drittel aller Mütter in Thüringen, die minderjährige Kinder zu Hause haben, gehen arbeiten. 127.000 Frauen standen 2015 im Berufsleben und kümmerten sich parallel dazu um ihren Nachwuchs, wie das Statistische Landesamt (...) mitteilte.

Jede zweite berufstätige Mutter arbeitete den Angaben nach in Teilzeit. Einer Befragung zufolge gaben 62 Prozent von ihnen persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Grund dafür an. Lediglich 21 Prozent hätten keinen Vollzeitjob gefunden.

Quelle: Ostthüringer Zeitung online vom 12.05.2017

Metall-Zeitarbeiter dürfen länger entliehen werden

Für die rund 200 000 Leiharbeiter in der deutschen Metall- und Elektroindustrie gelten neue Tarifbedingungen. (...) Danach können Beschäftigte unter bestimmten Bedingungen und bei Zustimmung des Betriebsrats bis zu vier Jahre ausgeliehen werden.

Auch bei der eigentlich nach neun Monaten vorgeschriebenen Gleichbezahlung zur Stammelegschaft weicht die Branche per Tarifvertrag ab. Stattdessen wird zum nächsten Jahr eine sechste pauschale Zuschlagstufe nach 15 Monaten Ausleihzeit eingeführt.

Quelle: Focus online vom 12.05.2017

Textarbeit: „Der Markt ist kaputt“

"Durch das Wachstum des Internets ist die Nachfrage nach der Erstellung von Texten, Grafiken und Fotos sowie nach Datenpflegearbeiten enorm gestiegen. Solche Tätigkeiten lassen sich gut über Plattformen wie unsere verteilen."

"Nein, grundsätzlich bin auch ich der Meinung, dass die Vergütungen, die die Unternehmen zahlen, höher sein müssten. (...) Aber heute ist der Markt kaputt. Manche Unternehmen bieten einen Cent pro Wort als Honorar – und finden Texter, die den Job erledigen. Das ist erschreckend."

Quelle: taz.de vom 11.05.2017

Wie Angestellte vom Staat mit Zeitverträgen ausgebeutet werden

Ein aktueller Bericht des IW Köln zeigt, dass die öffentliche Hand ihre Mitarbeiter zuhauf mit Zeitverträgen beschäftigt. Im mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektor vergibt der Staat dreimal mehr befristete Verträge.

Doch nicht nur Beschäftigte aus dem MINT-Bereich betrifft die Zeitarbeit. Auch in allen anderen Branchen vergibt die öffentliche Hand überdurchschnittlich viele befristete Verträge, berichtet das IW auf FOCUS-Online-Nachfrage.

Quelle: Focus online vom 11.05.2017

Was Niedriglohn genau bedeutet

Ab wann spricht man eigentlich von Niedriglohn? Gibt es Unterschiede zwischen den Neuen und den Alten Bundesländern? Und was sind die langfristigen Folgen für die Bevölkerung? MDR SACHSEN-ANHALT erklärt verständlich und kompakt.

Niedriglohn bedeutet aktuell, dass der Bruttolohn pro Stunde einer Person bei 10 Euro oder weniger liegt. (...) Rechnet man alle Beschäftigungsverhältnisse Deutschlands ein, arbeitet etwa jeder Fünfte (21,4 Prozent) unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Quelle: MDR.de vom 11.05.2017

BMW-Mitarbeiter klagen auf Anstellung

BMW hat erneut Ärger wegen Werkverträgen. Nach Informationen der WirtschaftsWoche und des Bayerischen Rundfunks klagen zwei langjährige Mitarbeiter auf Anstellung.

Dass aus den Präzedenzfällen eine Klagewelle wird, ist wegen Umfang und Dauer der Geschäftsbeziehung zu dem betroffenen BMW-Dienstleister nicht auszuschließen. Von den rund 1200 Mitarbeitern der Frankfurter gkk Dialog Group arbeiten nach deren Angaben „rund ein Drittel für BMW“.

Quelle: Wirtschaftswoche online vom 10.05.2017

Immer mehr Leiharbeiter an Schulen

In Bremen und Bremerhaven arbeiten im öffentlichen Dienst immer mehr Menschen in Leiharbeit. (...) 2011 waren insgesamt gut 1.600 Menschen in senatorischen Behörden, in Schulen oder in Beteiligungsgesellschaften (...) als Leiharbeiter beschäftigt. Mittlerweile sind es fast dreimal so viele.

Besonders deutlich ist der Anstieg in den allgemein- und berufsbildenden Schulen. 1.200 Menschen arbeiten hier mittlerweile in Leiharbeit. Vor fünf Jahren waren es noch nicht einmal 100.

Quelle: Radiobremen.de vom 10.05.2017

Artgerechte Bezahlung gefordert

Am Montag um 12 Uhr legen rund 75 Mitarbeiter des Zoologischen Gartens ihre Arbeit nieder. (...) Das Problem ist einfach zu verstehen. Mit roter Sprühkreide steht auf dem Bürgersteig vor dem Tor: »Niedriglöhne im Zoo.«

In öffentlichen Zoos in Deutschland wird in der Regel nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) bezahlt - private Zoos haben Haustarifverträge mit vergleichbarem Lohnniveau. Nur in Berlin liegen die Gehälter deutlich darunter.

Quelle: neues deutschland online vom 09.05.2017

Fünf Jahre befristet im Schuldienst

Die 44-jährige Mutter aus Leverkusen hangelt sich seit Jahren von Vertrag zu Vertrag. Sie fürchtet: Ihr Berufsleben führt sie in die Altersarmut. (...) Bärbel Guida ist Verfügungsmasse, Lückenbüßer, ewige Aushilfe. Weniger Geld, weniger Rechte, aber nicht weniger Arbeit.

Nun reicht es ihr. Bärbel Guida hat einen Entfristungsantrag gestellt. Sie ist es leid, sie will sich nicht länger ausnutzen lassen. (...) Der Ball liegt im Feld der Landesregierung. Über die Zahl der Nordrhein-Westfalen im Schuldienst bestimmt sie.

Quelle: Bergischer Volksbote online vom 08.05.2017

Höhere Mindestlöhne in der Pflege

Die Pflegekommission hat sich auf höhere Mindestlöhne für Beschäftigte in der Pflege geeinigt: Ab 1. Januar 2018 soll der Mindestlohn auf 10,55 Euro pro Stunde im Westen und 10,05 Euro im Osten steigen. In zwei Schritten soll er bis Januar 2020 weiter wachsen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales strebt an, auf Grundlage der Empfehlung der Pflegekommission auf dem Weg einer Verordnung den neuen Pflegemindestlohn zu erlassen. Der Pflegekommission nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz gehören Vertreter der privaten, öffentlich-rechtlichen sowie kirchlichen Pflegeeinrichtungen an.

Quelle: Ihre-Vorsorge.de vom 08.05.2017

Der Mindestlohn ist nicht genug

(...) laut Regionaldirektion Bayern habe die BA allein im Zeitraum von Januar bis Oktober 2016 623 Asylbewerbern und Geduldeten die Zustimmung zur Arbeitsaufnahme wegen nicht ausreichender Einhaltung des Arbeitsentgelts oder der Arbeitszeit verweigert.

Begründet wird die Ablehnung damit, dass „Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Beschäftigte“ beschäftigt werden sollen. (...) Dadurch würden Migranten vor Ausbeutung geschützt und Inländern der Arbeitsplatz gesichert.

Quelle: Bayerische Staatszeitung online vom 05.05.2017

Nahles beharrt auf Teilzeit-Gesetz

Bundesarbeitsministerin Andra Nahles (SPD) ist zuversichtlich, das geplante Rückkehrrecht aus der Teilzeit in einen Vollzeit-Job noch in dieser Legislaturperiode durchzusetzen. (...) Bis Mitte Mai sei Zeit für eine Einigung.

Im Gespräch mit unserer Zeitung ergänzte Nahles: "Dieses Rückkehrrecht auf Vollzeit soll für alle Beschäftigten in Unternehmen ab 15 Mitarbeitern gelten. Das bleibt im Gesetzentwurf so stehen." (...) Die Union blockiert den Gesetzentwurf derzeit.

Quelle: RP online vom 04.05.2017

146 000 Menschen in MV profitieren von Mindestlohn

Der Nordosten profitiert nach Erhebungen des DGB wegen seines niedrigen Einkommensniveaus besonders vom gesetzlichen Mindestlohn. 146 000 Beschäftigte hätten in Mecklenburg-Vorpommern Vorteile davon.

Der DGB Nord mahnte mehr Kontrollen der Arbeitgeber durch den Zoll an, damit die Lohnuntergrenzen auch eingehalten werden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) müsse die versprochenen 1600 zusätzlichen Stellen beim Zoll schnell schaffen.

Quelle: Welt online vom 04.05.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-102017--2058.html>

PDF erstellt am: 28.11.2020